

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Betrifauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postfach-Nr. 63-508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4, Tel. 1294

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

40-Stundenwoche in Frankreich.

Von der Kammer mit großer Mehrheit beschlossen.

Paris, 12. Juni. Die französische Kammer hat in ihrer Freitagssitzung den Gesetzentwurf über die Einführung der 40-Stundenwoche mit 385 gegen 175 Stimmen angenommen.

Die am Donnerstag nachmittag von der Kammer angenommenen vier sozialen Vorlagen über die Kollektivverträge, die bezahlten Urlaube und die Erleichterungen für Kriegsteilnehmer und kleine Gehaltsempfänger sind bereits dem Senat überwiesen worden, desgleichen die Gesetzesvorlage über die 40-Stundenwoche.

Der Senat hielt eine kurze Sitzung ab und überwies die 5 sozialen Gesetzesentwürfe seiner Kommission zur Durchberatung. Ministerpräsident Leon Blum wandte sich an den Senat mit dem Appell, möglichst schnell die Gesetzesvorlagen zu verabschieden, denn sie sind ein Werkzeug des sozialen Friedens. Das Plenum des Senats tritt am Dienstag zusammen.

Die Regierung Blum hat einen guten Start gehabt. Mit einer imposanten Mehrheit hat ihr die Kammer das Vertrauen ausgesprochen, und es ist ihr gleich darauf gelungen, die ungeheure Streikbewegung, die ganz Frankreich erfasst hatte, mit einem großen Erfolg für die Arbeiter zum Stillstand zu bringen. Es ist zum ersten Male in der Geschichte Frankreichs geschehen, daß ein Abkommen zwischen dem Gewerkschaftsverband und dem Arbeitgeberverband unterzeichnet wurde, d. h., daß das Recht der Gewerkschaften anerkannt wird.

Die französische Streikbewegung war die Folge einer seit Jahren betriebenen Deflationspolitik, die zu einer wesentlichen Senkung der Reallohne geführt hatte. Auch nachdem sich die Konjunktur wesentlich günstiger gestaltet hatte, blieben die Löhne auf dem alten niedrigen Niveau

Der politische Umschwung nach links, der sich mit den Volksfrontwahlen vollzogen hatte, gab den Arbeitern den Mut zu einer Taktik, die unter einem gefestigten reaktionären Kurs unweigerlich zu blutigen Zusammenstößen geführt haben würde. Sie verließen nach der Einstellung der Arbeit nicht die Fabrik, sondern blieben dort, um eine Wiedereröffnung durch Streikbrecher zu verhindern. Die große Lohnbewegung war eine politische Angelegenheit, sie mußte logischerweise auch mit politischen Mitteln zum Stillstand gebracht werden.

Die Volksfrontregierung hat diese Mittel gefunden, denn sie hat die Bedingungen geschaffen, die der Arbeiterklasse ermöglichen werden, ihre soziale Lage zu bessern. Die Sozial- und Schutzgesetze, an denen es in Frankreich, dem sozialpolitisch rückständigen Land, fast ganz gefehlt hat, werden im beschleunigten Tempo eingeführt. Man muß nur hoffen, daß es Leon Blum gelingen wird, das Reformprogramm der Volksfront in raschen Schritten durchzusetzen. Dabei man sich bewußt sein muß, daß noch viele Widerstände zu beseitigen sein werden, daß noch schwere Kämpfe mit der Reaktion, der Hochfinanz und dem kapitalistischen Unternehmertum bevorstehen.

Die Geschehnisse in Frankreich werden von den Werktätigen der ganzen Welt mit außerordentlicher Spannung verfolgt. Da die Regierung der französischen Volksfront der Arbeiterschaft zu Erfolgen verhilft, die noch vor kurzer Zeit undenkbar schienen, ist es naheliegend, daß dies gerade auf die Arbeiter der Länder großen Eindruck macht, die von der Beeinflussung ihres Geschicks ausgeschlossen sind und unter einem faschistischen oder halbfaschistischen Regime leben müssen. Und daß dem so ist, wird die Front der Gegner der faschistischen Herrschaft nur stärken, den Willen und die Kraft zum Befreiungskampf aus neue entfachen.

Schwierige Regierungsbildung in Belgien.

Arbeiter verlangen Lohnerhöhung und 40-Stundenwoche.

Brüssel, 12. Juni. Nach einer Beratung mit Vertretern der sozialistischen Partei wurde Van Zeeland zum König gerufen, von dem er erneut mit der Regierungsbildung betraut wurde. Van Zeeland will versuchen, im Laufe des Sonnabend die Regierung zu bilden.

Die schnelle Bildung einer Regierung ist dringend geworden, da sich eine ernste Streikbewegung entwickelt hat. Die Arbeiterschaft ist bemüht, durch eine Aktion ihre soziale Lage zu verbessern, eine Lohnerhöhung und die 40-Stundenwoche zu erlangen. Van Zeeland hatte als geschäftsführender Ministerpräsident eine Unterredung mit sozialistischen Gewerkschaftsführern. Man rechnet für die nächsten Tage mit einer Ausdehnung des Streiks.

Die Streikbewegung hat sich namentlich in den Kohlenbezirken entwickelt. In den Kohlenbezirken von Vitlich, Herstal und Veraing liegen sämtliche Zechen still. Die Zechen von Herve haben sich der Streikbewegung noch nicht angeschlossen. In der Herstaler Waffenindustrie haben Streikende eine Fabrik besetzt.

Alfisi abberufen.

Noch kein Botschafter für Warschau.

Rom, 12. Juni. Der italienische Völkerbundsvertreter Alfisi ist abberufen worden und an seine Stelle der Gesandte de Peppo ernannt worden.

Ueber die weitere Verwendung Alfisis und des zurückgetretenen Unterstaatssekretärs Suvich ist noch nichts

bekannt geworden. Es wird die Möglichkeit der Entsendung von Suvich als Botschafter nach Washington nicht von der Hand gewiesen.

Ueber die Neubesetzung des Warschauer Botschafterpostens, der durch die Ernennung des Botschafters zum Unterstaatssekretär frei geworden ist, ist noch nicht entschieden worden.

Folgenschwere Unfälle in Palästina.

Zahlreiche Verletzte.

Jerusalem, 12. Juni. Am Montag früh explodierte in einem Eisenbahnzuge, der sich auf der Fahrt nach Tel Aviv befand, eine Bombe. Bei der Explosion wurden 18 Juden verletzt, davon 5 schwer.

Am Montag mittag wurde der Stellvertreter des britischen Polizeikommissars Sigrift und der ihn begleitende Polizist von Arabern beschossen. Der Kommissar wurde schwer verletzt. Von dem Polizisten wurde einer der arabischen Angreifer durch einen Schuß getroffen. Der Araber verstarb bald darauf.

Kommunistische Tätigkeit in Kalkutta.

London, 12. Juni. Der Berichterstatter der „Morning Post“ meldet aus Kalkutta, dort sei ein Umschwung in kommunistischer Umtriebe zu beobachten, was auf die Tätigkeit von in Sowjetrußland geschulter Agitatoren zurückzuführen sei.

Volk und Parlament in Ungarn.

Der sozialistische Abgeordnete Buchinger erklärte im ungarischen Parlament:

„Die ungarische Regierung ist dem arbeitenden Volke alles schuldig geblieben, was sie seit Jahren versprochen hat. Die Sozialdemokraten erblicken darin den vollständigen Zusammenbruch des gegenwärtigen Regimes. Darum ist es höchste Zeit, daß diese Regierung liquidiert werde, denn es ist zu befürchten, daß, wenn dieses Regime weiter am Ruder bleibt, das Volk zugrunde gehen wird. Man sieht schon jetzt Symptome für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die ungarische Regierung sei der Ansicht gewesen, daß von heute auf morgen die ganze Welt hektischer wird. Im Gegenteil, nördlich, südlich, westlich und östlich von Deutschland sind neue Demokratien zu ungeahnten Kräften gelangt. Die Regierung muß sich von ihrer überholten politischen Linienführung auch in außenpolitischer Beziehung zurückziehen, um den jüngsten weltpolitischen Ereignissen voll Rechnung zu tragen und eine europäische Politik zu inaugrieren, deren Vorbereitung eine friedliche Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ist.“

Die neue Verfassung der Sowjetunion.

Der Moskauer Mitarbeiter der „News Chronicle“ teilt einige Einzelheiten aus dem Entwurf der neuen Sowjetverfassung mit, der durch einen Ausschuss unter dem Vorsitz von Stalin ausgearbeitet worden ist. Das Parlament der Sowjetunion soll danach aus zwei Kammern bestehen. Das Unterhaus soll 600, das Oberhaus 200 Abgeordnete zählen. Es werden zwei Sessions jährlich stattfinden. Die Zahl der sozialistischen Republiken, die als Hauptmitglieder der Sowjetunion gelten, wird von sieben auf elf erhöht. Der Präsident der Sowjetunion wird auf fünf Jahre durch eine allgemeine Abstimmung gewählt werden. Auch das Parlament wird auf fünf Jahre gewählt werden. Das Wahlrecht werden alle Männer und Frauen, die irgendeine Arbeit leisten, haben. Auch frühere Geistliche und zaristische Beamte sollen das Wahlrecht haben.

Sejm Sitzung nächsten Mittwoch.

Der Sejmarschall hat die nächste Plenarsitzung des Sejm auf Mittwoch, den 17. d. Mts., einberufen. Die Tagesordnung ist noch nicht festgelegt. Die Kommissionen haben bereits die Ermächtigungsvorlage sowie die in der außerordentlichen Sejmession zu behandelnden Vorlagen durchberaten.

Das Plenum des Senats wird erst einberufen werden, wenn die Senatskommissionen die vom Sejm beschlossenen Vorlagen bereits behandelt haben werden.

Es wird dann die außerordentliche Parlamentssession geschlossen werden.

Anleiheberufung in Neuport.

Der bekannte polnische Wirtschaftspolitiker Prof. Adam Krzyżanowski ist in Begleitung des Ministerialrates im Finanzministerium Kucinski nach Neuport abgereist. Krzyżanowski soll die amerikanischen Finanz- und Wirtschaftskreise mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage Polens bekanntmachen und insbesondere über die Gründe aufklären, die Polen zur Einführung der Devisenzwangswirtschaft bewogen haben. In unterrichteten wirtschaftlichen und politischen Kreisen verlautet aber, daß diese Reise Krzyżanowskis der Antikämpfung von Anleiheberhandlungen dient.

Deutscher Botschaftsrat verhaftet.

Kowno, 12. Juni. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters für besondere Angelegenheiten wurde der deutsche Botschaftsrat Baumgarten in Kowno wegen Mittäterschaft bei Spionage verhaftet. Er wird sich vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben.

